

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Bierteljährlicher Abonnementspreis 0,85 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 15 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Stich-Zentrale)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 6.

Berlin, Mittwoch, 19. Januar 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Agrarische Dreifaltigkeit. — Gleichzeitiger Bezug von Krankengeld und Unfallrente. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1909. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Literatur. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Agrarische Dreifaltigkeit.

Die Agrarier befinden sich augenblicklich in keiner angenehmen Lage. Die von ihnen mit Hilfe der Zentrums- und Sozialdemokraten Partei, der Polen und der Christlich-sozialen durchgeführte „Reichsfinanzreform“, die Erhöhung der indirekten Steuern und die durch sie hervorgerufene Preissteigerung hat die Gemüter breiter Volksschichten, die bisher dem Bunde der Landwirte bei den Wahlen treue Gefolgschaft leisteten, in Wallung gebracht. Aus allen Teilen des Reiches kommen Mitteilungen, die mit aller Deutlichkeit erkennen lassen, daß die Unzufriedenheit auch in ländlichen Kreisen eine überaus große ist und ein großer Teil der bisherigen Mitglieder des Bundes der Landwirte diesem den Rücken gekehrt hat. Man kann es auch dort nicht verstehen, daß die Agrarier den Großgrundbesitz von Steuern frei ließen, ihm durch die Liebesgabe noch neue Vorteile verschafften, dagegen dem Mittelstande und dem arbeitenden Volke neue große Lasten aufbürdeten.

Zur Beruhigung der Gemüter veranstalten die Agrarier seit einiger Zeit in den verschiedenen Landesteilen Paradedemonstrationen, zu denen die Getreuesten der Getreuen zusammengetrommelt werden. Es kommen denn auch wirklich einige hundert Großgrundbesitzer mit ihrem Anhang zusammen. Einige Reden werden vom Stapel gelassen, und eine Vertrauensresolution beschließt die Vorstellung. Die Zukunft wird lehren, ob diese „Vertrauens-Rundgebungen“ wirklich den Anschauungen der großen Mehrheit der ländlichen Bevölkerung entsprechen, oder ob nur eine geschäftl. inszenierte Masche vorliegt. Nicht ohne Interesse ist es aber, einmal die von den Bundesführern gehaltenen Rechtfertigungsreden etwas genauer zu betrachten, um kennen zu lernen, wie diese Herren über Fragen urteilen, die für unser öffentliches Leben von großer Bedeutung sind. Bei dieser Prüfung stützen wir uns auf die von der Bundesleitung herausgegebenen offiziellen Versammlungsberichte. Es kann also von etwaigen Mißverständnissen eines Berichterstatters nicht gesprochen werden.

Der Präsident des Bundes der Landwirte, Frhr. v. Wangenheim, der Mann, der nachgewiesenermaßen lange Jahre hindurch keinen Pfennig Einkommensteuer in Preußen zahlte, verlor in einer Versammlung des Bundes der Landwirte für Schlesien, die am 10. Januar in Breslau tagte, die den Großgrundbesitzern gemachten Vorwürfe der Steuerdrückerei zurückzuweisen, indem er behauptete, daß „kein Produkt so viel Steuern trage wie der Branntwein, nämlich 300 Prozent. Dann hätten die Landwirte schwere Lasten, wie z. B. das Schulunterhaltungs-gesetz, ganz freiwillig auf sich genommen, desgleichen die Erhöhung der Beamten-gelder bewilligt, das sei doch keine Steuerdrückerei!“ Wie schlecht muß es doch um die Sache der Konservativen bestellt und wie groß muß die Steuerdrückerei des Großgrundbesitzes sein, wenn ein so hervorragender Führer des Bundes der Landwirte nichts anderes als Entgegnung anzuführen hat! Die Worte des Herrn v. Wangenheim sind alles andere, nur keine Zurückweisung des Vorwurfs der Steuerdrückerei.

Ein anderer Bundesführer, der „berühmt“ gewordene Januschauer Herr v. Oldenburg, führte zur Frage der Reichsfinanzreform am 9. Januar in Görtlich aus: „Die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten würde auch eine ziefige Gefahr bedeuten. Sie würde der Nagel zum

Sarge des Deutschen Reiches in seiner jetzigen Gestalt sein.“ Kammerherr v. Oldenburg wurde dieses Unsinns wegen nicht etwa ausgelacht, sondern die anwesenden Agrarier ließen seinen Worten lebhaften Beifall folgen.

Wandte sich dieser Bundeshauptling gegen die Besteuerung der großen Erbschaften, so unternahm der frühere Bankbeamte Dr. Diederich Bahn, jetziger Direktor des Bundes der Landwirte, in Otterndorf den Versuch, die indirekten Steuern zu beschönigen. Abg. Dr. Bahn meinte, „die Steuerhebe der Freisinnigen und Sozialdemokraten sei unsinnig“; er sprach von einer jetzt erfolgten richtigen Verteilung der indirekten Steuern und meinte weiter, das Geschrei, daß diese indirekten Steuern zur Verteuerung der Gebrauchsartikel beitragen, sei falsch. Als dem Herrn Dr. Bahn, der in seiner Rede auch den Ausdruck gelassen hatte: „Preußen würde ausgezeichnet regiert“, ein anwesender Oberlehrer entgegentrat und die Gariboldischen Handelsverträge lobte, die die Industrie vorwärts und Geld ins Land gebracht hätten, und sich gegen die einseitige Vertretung der Interessen des Großgrundbesitzes erklärte, erwiderte ihm der Direktor des Bundes der Landwirte, er sei durchaus kein einseitiger Vertreter der Großgrundbesitzer und „die Streichhölzer wären auch jetzt noch lächerlich billig“. Diesen Ausspruch eines führenden Bündlers merken sich hoffentlich alle die, die über den jetzigen Preis der Streichhölzer und anderer Produkte und Fabrikate eine andere Meinung haben. Speziell für die Arbeiter ist aber eine andere Redewendung des Direktors des Bundes der Landwirte durchaus beachtenswert. Als in Otterndorf ein Diskussionsredner ausführte: „In der sozialen Fürsorge scheine man ihm nicht zu weit gegangen zu sein, weil unter den Arbeitern, namentlich der Großstädte, noch viel Not herrsche“, erwiderte ihm Dr. Diederich Bahn nach seinem Bundesorgan wörtlich: „Von Arbeitsnot in Deutschland könne man nicht reden. Man könne ja lange nicht alle Arbeitsplätze besetzen und ziehe alljährlich 800 000 fremde Arbeiter heran. Die Löhne der Arbeiter wären mehr gestiegen, als es die höheren Ausgaben für die Lebensunterhaltung sind. Die Verzierung gegen Arbeitslosigkeit gehe zu weit und erweise ihm als eine Prämie auf die Faulheit.“ Die deutschen Arbeiter werden diese bündlerische sozialpolitische Weisheit am Tage der Abrechnung zu beherzigen verstehen.

Auch mit dem Wahlrecht beschäftigen sich, wie es nicht anders sein kann, die Herren vom Bunde der Landwirte. Seiner Abneigung gegen das Reichstagswahlrecht gab Herr v. Oldenburg-Januschauer mit den Worten Ausdruck: „Das brutale aller Wahlrechte aber ist das Reichstagswahlrecht“, und Dr. Dertel, Chefredakteur der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“, hieb in Breslau in dieselbe Kerbe, indem er sagte: „Das Reichstagswahlrecht ist das unvollkommenste, weil es durch die Massen nicht nur die Intelligenz, nicht nur die Autorität, nicht nur das Verantwortungsbewußtsein, sondern auch das geschichtlich Bedeuten und die organische Entwicklung tötet.“ Dem deutschen Reichstag, der auf Grund dieses Reichstagswahlrechts gewählt ist, hat Herr Dr. Dertel mit seinen Worten eine sehr schlechte Jenur ausgestellt. Sie würde natürlich weitlich besser ausgefallen sein, wenn es nicht auf Grund dieses Wahlrechts möglich wäre, den Willen des Volkes deutlicher zum Ausdruck zu bringen, als es im preussischen Klassenparlament der Fall ist. Dafür wird aber auch das preussische Wahlrecht von den Bündlern über die Gutschnur gelobt. Dr. Dertel

meinte, „das preussische Wahlrecht sei durchaus nicht so plutokratisch, wie man es immer schilt“, und auch andere Bundesredner fanden warme Worte zur Verteidigung des preussischen Wahlrechts. Angesichts der kommenden Wahlrechtsvorlage der Regierung erklärten sie allerdings, die Konservativen würden die Vorlage objektiv prüfen und dann ihre Entscheidung treffen. Man weiß aber auf Grund früherer Erfahrungen, was es hiermit auf sich hat: Entweder ist die Vorlage der Regierung den Konservativen und Agrariern günstig, dann haben es diese mit ihrer Zustimmung leicht, oder die Vorlage bringt wirkliche Verbesserungen des jetzigen Zustandes, dann wird sie von den Konservativen abgelehnt, ohne Rücksicht auf die Wünsche der Krone und des Volkes. Gaben doch die Konservativen stets nach dem Grundsatze gehandelt: Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut.

Chefredakteur Dr. Dertel wies aber in seiner Görtlicher Rede auch auf bevorstehende wirtschaftliche Kämpfe hin. Er betonte, daß der nächste Reichstag über die neuen Handelsverträge mit den europäischen Staaten zu entscheiden haben wird und daß zur Vorbereitung dieser Verträge vermutlich ein neuer Zolltarif vorgelegt werden müssen. Natürlich erwartet der Bund der Landwirte, so führte Dr. Dertel weiter aus, von dem neuen Kanzler nicht bloß, daß er den „Grenzschutz gegen die Viehseuchen“ nicht durchbrechen, sondern auch von der Regierung, daß sie in den bevorstehenden Zolltariffkämpfen das „Interesse der Landwirtschaft“ wahren wird. Der bündlerische Redner forderte deshalb seine Freunde auf, schon jetzt dafür zu sorgen, daß der neue Reichstag eine Mehrheit bekomme, „die auf dem Boden der nationalen Heimatpolitik steht“.

Dieser Ausspruch ist eine ernste Mahnung für alle Nichtagrarier, vor allem aber für die deutschen Arbeiter. Sprechen die Agrarier von nationaler Heimatpolitik, so meinen sie eine Politik zugunsten der Agrarier und Großgrundbesitzer. Die Forderung nach noch höheren Zöllen ist in sich selbst ein Widerspruch. Es wird erforderlich sein, daß gegen derartige Pläne das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit sich zur rechten Zeit wendet.

## □ Gleichzeitiger Bezug von Krankengeld und Unfallrente.

(Fortsetzung.)

Den Berufsgenossenschaften ist seitens des Reichsversicherungsamtes verboten, die Krankenkassen allgemein zu erziehen, die Unterstützung von Unfallverletzten nicht über die dreizehnte Woche hinaus fortzusetzen, nachdem die Unterstützungspflicht der Krankenkasse durch die Novelle zum Krankengeldgesetz vom 25. Mai 1903 auf 26 Wochen erstreckt ist, wovon sie durch eine allgemeine Willenserklärung einer Berufsgenossenschaft nicht befreit werden können“ (Handbuch I, Seite 319). Auch der bekannte Kommentator des Krankengeldgesetzes, Amtsgerichtsrat Bahn, der sonst zu den Vertretern der älteren und uninteressanteren falschen Anschauung gehört, gibt wenigstens so viel zu, daß die Krankenkasse nicht das Recht hat, einfach nach der dreizehnten Woche ihre Unterstützung einzustellen. Nach seiner Ansicht muß sie wenigstens so lange zahlen, bis die Berufsgenossenschaft mit ihren Leistungen beginnt. (Bahn: Krankengeldgesetz, 5. Auflage, Seite 434/435.) Falsch ist auch die Ansicht von Raffe, „Reformblatt für Arbeiterversicherung“, 1908, Seite 87, wenn er sagt:

„Die Unterstützungsleistung ist nur einmal und zwar im Endergebnis durch die Berufsgenossenschaft zu erfüllen“.

Aber auch er sagt wie Bahn, daß die Krankenkasse nicht ohne weiteres nach der dreizehnten Woche ihre Leistung einstellen darf, da sonst dem Verletzten unter Umständen Nachteile entstehen könnten. Die ganze neuere Rechtsprechung über diesen Gegenstand wird in wirkungsvoller Weise zusammengefaßt von Funke in der „Arbeiterverföhrung“ 1908, Seite 322 ff.

Es kann also nach allem keinem Zweifel unterliegen, daß der unfallverletzte Arbeiter auch nach der dreizehnten Woche einen prinzipiell unbefchränkten Anspruch sowohl auf die Leistungen der Unfall-, wie der Krankenversicherung hat. Nur kann er das Heilverfahren natürlich nicht doppelt verlangen. Das braucht nur eine Seite zu gewähren. Die eigentlichen materiellen Leistungen müssen nebeneinander erfüllt werden, und die Krankenkasse hat keinerlei Recht, ihre Leistungen einzuschränken. Jedoch gewinnt, wie weiter zu zeigen ist, die Krankenkasse einen teilweisen Ersatzanspruch gegenüber der Berufsgenossenschaft, der aus der Rente zu befriedigen ist. Für Preußen ist diese Rechtslage zweifellos, ebenso für Sachsen. Entgegenwärtig unbeständig und für uns jetzt auch nicht völlig übersehbar ist die Rechtsprechung in einigen anderen Bundesstaaten. Auf alle Fälle können aber auch dort die genannten Motive vor den Gerichten benutzt werden.

Im Absatz 2 des oben zitierten § 25 des Unfallversicherungsgesetzes wird grundsätzlich festgesetzt, daß Krassen, Gemeinden und Armenverbände für ihre Leistungen an den Unfallverletzten einen Ersatzanspruch gegenüber der Berufsgenossenschaft haben. Dieser Anspruch wird erfüllt durch Ueberweisung von Rentenbeträgen. Gleichzeitig ist damit gesagt, daß die Krankenkasse keinen Anspruch an den Unfallverletzten selbst hat. Sie hat nur mit der Berufsgenossenschaft zu tun, während der Arbeiter für sein Krankengeld sich nur an die Krankenkasse direkt zu halten hat. Daraus ergibt sich wieder, daß eine Klage wegen Verweigerung der Leistungen seitens der Krankenkasse nicht etwa an das Schiedsgericht oder das Reichsversicherungsamt zu richten ist. Hier ist für den Arbeiter der Rechtswey, vielmehr folgender: Beschwerde gegen die Krankenkasse bei der Aufsichtsbehörde, gegen deren Entscheid eventuell Klage beim Landgericht, gegen dessen Urteil Rekurs an das Obergericht.

Die im Absatz 2 ausgeprochene Ersatzpflicht der Berufsgenossenschaft gegenüber den Krankenkassen wird nun in den folgenden Absätzen genauer umgrenzt. Die Bestimmungen des Absatz 3 betreffen die Arbeiter selbst nur wenig. Sie beziehen sich auf das Verhältnis der Krankenkassen zu den Berufsgenossenschaften. Nach Absatz 1 sind zwischen der 13. und 26. Woche beide Versicherungsträger dem Arbeiter gegenüber zur Vornahme des Heilverfahrens verpflichtet. Im Verhältnis zu einander müssen die Berufsgenossenschaften letzten Endes die Kosten des Heilverfahrens tragen. Denn der Gesetzgeber wollte nicht, daß die Berufsgenossenschaften einen Teil der Kosten des Heilverfahrens zwischen der 13. und 26. Woche auf die Krankenkassen abwälzen sollten. Hat also in einem solchen Falle die Krankenkasse die Kosten nach der dreizehnten Woche getragen, so hat sie dafür einen Ersatzanspruch gegenüber der Berufsgenossenschaft, und zwar meist in Höhe der Hälfte des gesetzlichen Mindestbetrages des Krankengeldes dieser Klasse. Hat sie berechtigterweise höhere Anwendungen gemacht, so kann sie Ersatz dieser verlangen. Es interessiert die Arbeiter nicht, auf diese Streitfragen näher einzugehen. Nur sei noch gesagt, daß die Berufsgenossenschaft natürlich nicht das Recht hat, den von der Krankenkasse für das Heilverfahren geforderten Kostenersatz von der Rente des Arbeiters abzuziehen.

Für unsere in der Ueberschrift aufgeworfenen Fragen sind die Absätze 4 und 5 und die daran sich anschließenden Streitfragen von entscheidender Bedeutung. Absatz 4 redet von „vorübergehend“, Absatz 5 von „fortlaufend“ geleisteten Unterstühtungen. Was sollen diese Worte bedeuten? Der Streit darüber ist noch keineswegs geschlichtet. Aber auch hier hat das preußische und in der Hauptsache auch das sächsische Obergericht einen den Arbeitern günstigeren Standpunkt eingenommen, der für alle in diesen Bundesstaaten entstehenden Streitfälle letzten Endes maßgebend ist.

Sahn, der, wie schon gesagt, in der 5. Auflage seines Kommentars noch die ältere Auffassung vertritt, meint Seite 438:

„Als „vorübergehend“ wäre demnach eine Unterstühtung anzusehen, wenn die gesamte Fürsorge, auf Grund deren die Unterstühtung gewährt wurde, im Zeitpunkte der Anmeldung bereits beendet („vorübergegangen“) ist, während eine fortlaufende Unterstühtung vorliegt, wenn jene Fürsorge zur Zeit der Anmeldung noch andauert (noch „läuft“).“

Das würde in der Praxis darauf hinauskommen, daß der Arbeiter nie mehr als die Unfallrente erhalte, denn da die Krassen mit der Anmeldung ihres Anspruchs schon schlenmühtig bei der Hand wären, käme in den meisten Fällen § 25, Absatz 5, in Frage. Darnach wäre den Krankenkassen fortlaufend die halbe Rente zu überweisen, und zwar so lange, bis daraus ihre Krankengeldleistung voll gedeckt ist. Die sächsische Auffassung ist inhaltbar und wird auch vom preußischen Obergericht abgelehnt. Am Schlusse einer eingehenden Unterstühtung der Begriffe „vorübergehend“ und „fortlaufend“ kommt es in seinem Urteil vom 30. Januar 1904 zu folgenden Schlußsätzen:

„Dabei ergibt sich, daß Krankenkassenleistungen, sofern sie . . . nur für eine von vornherein begrenzte Dauer gewährt werden, und daher selbst beim Fortbestehen des Anlasses (ebem der Krankheit beim Unfall, § 2) lediglich durch Zeitablauf innerhalb bestimmter Frist, ihr Ende erreichen, den vorübergehenden Unterstühtungen zugerechnet werden müssen. Die letzteren Merkmale treffen für die auf der reichsgesetzlichen Krankenversicherung beruhenden Unterstühtungen allgemein zu. Sie haben daher durchweg als vorübergehende Unterstühtungen im Sinne des § 25 U.-V.-G. zu gelten.“

(Schluß folgt.)

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 18. Januar 1910.

Die Tarifverhandlungen im Malergewerbe sind endgültig abgeschlossen und von Erfolg gekrönt worden. Die überaus große Mehrzahl der Arbeitgeber hat sich mit dem Reichstarif und den von den Unparteiischen gefällten Schiedsprüchen einverstanden erklärt. Auch die in Frage kommenden Organisationen der Arbeitnehmer, Zentralverband der Maler, Gewerksverein der Graphischen Berufe und christlicher Malerverband, haben durch Mehrheit sich den Schiedsprüchen der Unparteiischen gefügt, so daß also mit dem gestrigen Montag der neue Reichstarif in Kraft getreten ist. Damit ist dem deutschen Malergewerbe für weitere drei Jahre der Friede gesichert, was im Interesse der Arbeitnehmer sowohl als auch der Arbeiter nur freudig begrüßt werden kann. Bei allem Entgegenkommen, das die Arbeiter mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zeigten, haben sie doch nicht unbedeutende Vorteile erzielt, die in erster Linie der Organisation zu danken sind.

Hoffentlich tragen deshalb diese Vorgänge dazu bei, dem Organisationsgedanken immer mehr Boden zu erobern. Jeder einzelne Kollege wird jetzt mehr als je darauf bedacht sein, die Organisation zu stärken, um das Erreichte zu sichern und für die Zukunft noch größere Vorteile erzielen zu können. Wir knüpfen ferner daran den Wunsch, daß im Bauergewerbe und in der Holzindustrie die Dinge eine ebenso friedliche Entwicklung nehmen.

Der Antrag auf Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung, der vor kurzem den sächsischen Landtag beschäftigt hat, ist zunächst an eine Kommission verwiesen worden. Der sächsische Staatsminister Graf Bismarck v. Cölln erwiderte auf die Begründung, daß nach den Erhebungen der Regierung in Sachsen kein besonderer durch Arbeitslosigkeit hervorgerufener Notstand vorhanden sei. Für wichtig erklärte er die Einrichtung einer paritätischen Arbeitsnachweise. Die Arbeitslosenversicherung sei zwar eine wichtige soziale Frage und durchaus der Erörterung wert. Es lägen aber bisher zu wenig Erfahrungen vor, daß man sich mit seinen Beschlüssen nicht übereilen dürfe. Aus diesem Grunde könne die Regierung sich auch nicht für Annahme des Antrages erklären. Der Redner der Nationalliberalen vertrat den Standpunkt, daß die Arbeitslosenversicherung in der Hauptsache auf der Selbsthilfe der Arbeiter beruhen müsse. Allerdings hielt er eine Unterstützung durch die Unternehmer und aus öffentlichen Mitteln für notwendig. Die Konservativen ließen durch ihren Redner gleichfalls ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit auf diesem Gebiete erklären, allerdings mit gewissen Vorbehalten. Der freisinnige Redner gab zu erkennen, daß seinen Parteifreunden die Tendenz des Antrages durchaus sympathisch sei. Allerdings vertrat auch er den Standpunkt, daß die Schaffung von Arbeitsgelegenheit wichtiger sei als eine Unterstühtung. Das Ergebnis der Beratungen war, wie gesagt, daß der Antrag an eine Kommission ging. Hoffentlich erhält er dort eine Form, die sowohl für die Arbeiter annehmbar ist als auch der Regierung die Zustimmung ermöglicht. Bei gutem Willen ließe sich das schon durchführen.

Die Reichsversicherungsordnung. Die Vorarbeiten für die endgültige Feststellung des Entwurfs zur Reichsversicherungsordnung in den Ausschüssen des Bundesrats sollen soweit vorgerückt sein, daß derselbe bestimmt dem Plenum des Bun-

desrates bis Mitte Februar vorgelegt werden kann. Nach den gründlichen Vorarbeiten der Ausschüsse, die drei Lesungen vorgenommen haben, darf erwartet werden, daß sich der Bundesrat selbst nicht mehr allzu lange mit der Vorlage beschäftigen wird, so daß also der Entwurf gleich an den Reichstag gelangen könnte. Man nimmt an, daß dies bis Ende Februar bestimmt geschehen wird. Wann der Reichstag selbst die erste Lesung des Entwurfs vornimmt, wird davon abhängen, wie die bisher in Aussicht genommenen Arbeiten gefördert werden.

Was den Inhalt der Reichsversicherungsordnung anbeht, so soll der Entwurf nach der „N. Vol. Morr.“ bezüglich der Feststellung der Rente erheblich umgestaltet worden sein. Diese Feststellung ist den Trägern der Versicherung, d. h. für die Unfallversicherung den Berufsgenossenschaften, für die Invalidenversicherung den Landesversicherungsanstalten übertragen. Die Vorbereitung der Entschädigung ist für die Versicherungszweige verchieden geregelt. Für die Invalidenversicherung bleibt es bei dem ursprünglich vorgesehenen Verfahren, d. h. es findet in allen wichtigeren Fällen eine mündliche Verhandlung vor dem Versicherungsammtmann und zwei Beisitzern unter Anhörung des Rentenbewerbers sowie geeigneter Zeugen und Sachverständiger statt. Auf Grund der dabei erzielten Ergebnisse erteilt dann das Versicherungsammt ein Gutachten an die Versicherungsanstalt, die so zu einer sachgemäßen Entscheidung über den Rentenanspruch befähigt wird. Die Vorbereitung der Unfallansprüche dagegen soll der Berufsgenossenschaft allein überlassen werden, die selbst örtliche Organe besitzen oder sich schaffen kann, um neben der Unfallunterstühtung der Ortspolizeibehörde die geeigneten weiteren Ermittlungen anzustellen. Hier greift die Tätigkeit des Versicherungsamts erst dann ein, wenn der Unfallverletzte den Bescheid der Berufsgenossenschaft ansieht.

Man erkennt aus diesen Andeutungen, daß den Wünschen der Berufsgenossenschaften in weitestem Maße Rechnung getragen worden ist. Man darf gespannt sein, wie man sich zu den von den Arbeiterorganisationen gewünschten Abänderungen gestellt hat.

Arbeiterbewegung. Bei der Firma Erhardt Ehrlich in Riechitz bei Görlitz sind Differenzen ausgebrochen. Es handelt sich um Metallarbeiter und speziell Drahtzieher, die also einstufigen fernbleiben müssen. In der Möbelfabrik zu Reichenhausen a. W. sind Tarifdifferenzen ausgebrochen, die dazu geführt haben, daß sämtliche Tischlern, Maschinenarbeitern und Hilfsarbeitern gekündigt wurde. In den „Margarinewerken Jan C. Uhlentree“ in Krefeld sind sämtliche organisierte Arbeiter entlassen worden. Während die Bewegung der Sticker und Stickerinnen in Plauen als beendet angesehen werden kann, beachtlichen die Sticker von Eibenrod im sächsischen Erzgebirge in eine Lohnbewegung einzutreten, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erzielen. Es ist wahrscheinlich, daß auch andere Orte des sächsischen Erzgebirges von der Bewegung ergriffen werden. Die Lohnbewegung der Böttchergefelln in Bromberg ist mit einem Erfolge für die Arbeiter beendet worden. Sie erzielten in einem Tarif eine erhebliche Beförderung der Arbeitszeit, eine Erhöhung der Löhne und die Anerkennung der Organisation.

Zur Beilegung des Konfliktes in den englischen Bergwerken sind Verhandlungen angebahnt worden. Die beiderseitigen Organisationen haben sich dahin geeinigt, zunächst Konferenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abzuhalten, um dann auf Grund der Ergebnisse weitere bindende Maßnahmen zu treffen. Die Folgen des Bergarbeiterstreiks machen sich übrigens stark geltend. So ist der Betrieb in den Stahlwerken am Tees wegen Kohlenmangels eingestellt worden. In Budapest hat der Opernchor gestreift. Die Differenzen sind beigelegt worden durch das Versprechen des Direktors, die Forderungen des Personals der neuen ungarischen Regierung zu unterbreiten. Auch in Wien wollen die Hofopernchoristen eventuell in den Ausstand treten, wenn die ihnen vor längerer Zeit zugesagten Teuerungszulagen nicht endlich ausgezahlt werden. Unter den Maschinisten des österreichischen Lloyd in Triest ist eine lebhaft bewegte Bewegung im Gange. Die Angestellten verlangen eine Erhöhung ihrer Löhne und drohen bei Ablehnung der Forderungen mit dem Generalstreik.

Eine befremdlich klingende Notiz fand sich dieser Tage in der „Siegener Zeitung“. Es heißt da nämlich:

Siegen, 15. Jan. Wie uns berichtet wird, reifen am Montag Morgen die Arbeiter Friedr. Erhardt aus Niederfelden, Karl Schneider aus Bahlsbach und Joseph Schneider aus Herdorf

nach Berlin. Herr Reichstagsabgeordneter Vogel wird daselbst Abends um 7 Uhr die Kommission auf Bahnhofs Friedrichstraße abholen, die dann am nächsten Tage von verschiedenen Ministern empfangen wird, um die Wünsche der Siegerländer Arbeiter, die auf die Besserung der wirtschaftlichen Lage für den besiegten Bezirk hüzeln, mündlich vorzutragen. Weiter haben sich verschiedene Abgeordnete bereit erklärt, die Arbeiter zu empfangen, unter diesen befindet sich auch Herr Vehrens, Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Westfalen-Lippe. Hoffentlich wird die Reise von Erfolg sein.

Wie uns aus Siegen geschrieben wird, handelt es sich hier um die Abordnung eines Lokalverbandes, der als Vertretung der Arbeiterschaft nicht anerkannt werden kann. Die am Orte vorhandenen Organisationen, die auch an Mitgliederzahl viel stärker sind, haben mit der Sache nicht das geringste zu tun und lehnen es ganz entschieden ab, ihre Interessen durch die genannten Herren wahrten zu lassen. Um so verwunderlicher muß es erscheinen, daß auch Herr Reichstagsabgeordneter Vehrens die Deputation „empfangen“ will. Kennt der Herr als christlicher Arbeiterführer keine andere Vertretung der Arbeiter? Was sagen die christlichen Gewerkschaften dazu?

**Zwangsinnungen und Tarifverträge.** Am Sommer d. J. traf der Regierungspräsident in Düsseldorf eine Entscheidung, daß die Zwangsinnungen auf Grund des § 100q der Gewerbeordnung nicht berechtigt seien, für sich Tarifverträge mit den Gehilfenorganisationen abzuschließen. Diese Entscheidung wurde seinerzeit von den Innungen angefochten und hat den deutschen Gewerks- und Gewerbetag veranlaßt, den Minister für Handel und Gewerbe um seine Ansicht zu dieser Entscheidung anzugeben. Dieser hat jetzt die Zwangsinnungen zum Abschluß von Tarifverträgen für berechtigt erklärt und den § 100q der Gewerbeordnung nicht als ein Hindernis eines entsprechenden Beschlusses bezeichnet, da der Abschluß eines Tarifvertrages durch eine Innung die Bindung der Innungsmitglieder in der Preisfestsetzung ihrer Waren noch nicht zur Folge habe. Dagegen hat er solche Tarifverträge, die außer einer Regelung der Arbeitsverhältnisse zugleich eine Preisbindung der Waren zum Nachteil der Verbraucher bezwecken, als dem § 100q widersprechend und zu deren Abschluß die Zwangsinnungen nicht für berechtigt erklärt. Außerdem hat der Minister ausdrücklich hervorgehoben, daß in den von den Zwangsinnungen abgeschlossenen Tarifverträgen keine Nachteile für die Innungsmitglieder zur Erfüllung der Vereinbarung vorgehien und daß die Innungsmitglieder nicht durch Zwangsmaßnahmen irgendwelcher Art durch die Innung zur Befolgung der in den Tarifverträgen enthaltenen Abmachungen genötigt werden dürfen.

**Zur Charakteristik der Gelben.** Nachdem auf dem Werk Nürnberg der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg die Arbeitszeit eine kleine Verbesserung erfahren hatte, trug man sich mit dem Gedanken, auch auf der Schwesterfabrik in Augsburg, der Hochburg der gelben Bewegung, die Arbeitszeit herabzusetzen. Um nun für beide Werke eine einheitliche Arbeitszeit zu erzielen, wurde der Arbeiterausschuß des gelben Werkvereins in Augsburg von der Betriebsleitung darüber befragt, wie er sich zu einer Verkürzung der Arbeitszeit stelle. Darauf soll die Antwort erteilt worden sein, daß der Arbeiterausschuß die Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit nicht anerkennen könne. Es wäre den Arbeitern lieber, wenn die Direktion ihr Wohlwollen durch Schaffung weiterer Wohlfahrtseinrichtungen bezeigen wollte. Daraufhin ist natürlich von einer Verkürzung der Arbeitszeit Abstand genommen worden.

Der „Vorwärts“ fügt dieser Mitteilung noch hinzu, daß die Wohlfahrtseinrichtungen denn auch nicht ausgeblieben seien. Allen Arbeitern habe man ihre Pensionen ganz erheblich gekürzt. Zwar stehen wir allem, was der „Vorwärts“ mitteilt, mit gewissen Zweifeln gegenüber. Indessen, wie wir die Gelben kennen gelernt haben, ist ihnen auch obiges Schelmstückchen durchaus zuzutrauen.

**Die Arbeitslosenversicherung** ist in Dänemark eine staatliche Einrichtung insofern geworden, als Kassen, die ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung zahlen, einen Zuschuß zu den Unkosten erhalten. Die Zahl dieser behördlich anerkannten Unterstützungskassen ist von 34 mit 64 789 männlichen und 5660 weiblichen Versicherten im Jahre 1907-08 auf 44 Kassen mit 77 202 männlichen und 6634 weiblichen Mitgliedern im Jahre 1908-09 gestiegen. Die Kassen nahmen in den beiden Geschäftsjahren 213 124 und 1 335 006 Kronen ein. Von der letzten Summe waren 150 083 Kronen Reichs- und 84 546 Kronen Gemeindezuschuß. Die Ausgaben stiegen in der genannten Zeit von 238 267 Kronen auf 1 447 562 Kronen, wovon 22 478 und 111 560 Kronen auf die Ver-

waltung entfielen. Das angeammelte Vermögen wies am Ende des Berichtsjahres 1908-09 einen Bestand von 901 564 Kronen auf. Auf das ganze Jahr verrechnet, beliefen sich die Arbeitslosenziffern bei den Fachvereinen im Jahre 1906 auf 306 863, 1907 auf 282 228 und 1908 auf 277 830. Jedenfalls lassen diese Zahlen erkennen, daß Dänemark wenigstens im Verhältnis zu seiner Größe und seiner industriellen Entwicklung auf diesem Gebiete den anderen Staaten voranzuführt.

**Die 405. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen** findet am Sonntag, den 23. Januar, abends 7 Uhr, im Konzertsaal der Königl. Hochschule für Musik (Charlottenburg, Gartenbergstraße) statt, wobei mitwirken werden: Fräulein Selga Petri-Dresden (Gesang), Fräulein Emma Weisner (Gesang), Fräulein Dith Eberhardt (Rezitation), Frau Professor Willi Petzschkoff (Violine).

### Tätigkeitsbericht der Ortsverbände über das Jahr 1909.

#### Ortsverband Gelsenkirchen.

Unser Ortsverband hat seine Geschäfte in 8 Vorstands-, 5 kombinierten Ausschuß-, 10 Vertreterstungen und 3 allgemeinen Mitgliederversammlungen erledigt. In der ersten Versammlung referierte der Bezirksleiter Kollege Langen-Essen über „Die kulturellen Aufgaben der Gewerbevereine, in der zweiten Bezirksleiter Kollege Pieper über die „Gewerbegerichtsreform“. In einer kombinierten Sitzung sprach Kollege Ehrlich über „Die Bedeutung der Wahlen zur unteren Verwaltungsbehörde“. Dabei sei gleich bemerkt, daß wir einen Bezirksleiter durchgebracht haben, den Kollegen Nauck. Zur Belehrung und Unterhaltung der Mitglieder wurden zwei Vorstellungen am Stadttheater zu ermäßigten Preisen geboten. Außerdem fanden zwei Lichtbildervorstellungen statt, von denen namentlich die eine sehr lehrreich war, in der in Wort und Bild die Frage: „Was gehört in das Wohnhaus des deutschen Arbeiters?“ vorgeführt wurde. In der Quartalsversammlung referierte Kollege Fricke über „Konsumvereine und deren Entwicklung“.

Auch agitatorisch wurde eifrig gearbeitet, um den Ortsverband zu heben und auszubreiten. Bei der Wahl des Ortsverbandsausschusses wurde Kollege Reich Vorsteher, Kollege Künar sein Stellvertreter, Kollege Reber Kassierer; die beiden Schriftführer wurden wiedergewählt. Hoffentlich wird den Kollegen von allen Mitgliedern Vertrauen entgegengebracht und die notwendige Unterstützung gewährt. Die Zeiten, denen wir entgegengehen, sind namentlich im Bereich sehr ernst und erfordern seinen Zusammenhalt. Wir sind fest entschlossen, auch im neuen Jahre für unsere Ziele zu wirken und die Grundzüge unserer Organisation in weitere Kreise zu tragen. Dazu aber ist es notwendig, daß wir Mann für Mann eintreten für unseren Ortsverband und alles aufbieten, um den einzelnen Vereinen im neuen Jahre immer neue Mitglieder zuzuführen. Hoffentlich gelingt es uns auch, den 21 bereits angeschlossenen Ortsvereinen neue hinzuzufügen.

Viktor Kuska, Ortsverbandschriftführer.

#### Ortsverband Lauterbach.

Der Ortsverband Lauterbach erledigte seine Geschäfte in 3 ordentlichen Versammlungen, 2 außerordentlichen Versammlungen, 4 kombinierten Sitzungen und 2 Ausschußsitzungen. Gleich im Anfange des Jahres besuchte uns der seit dem ersten Februar 1909 für Württemberg angeordnete Arbeitersekretär Kollege Fuchs. Derselbe hielt in einer außerordentlichen Ortsverbandsversammlung einen Vortrag über den Nutzen eines Arbeitersekretariates. Aus diesem Vortrag war ersichtlich, daß wir den richtigen Mann auch an den richtigen Platz bekommen hätten; deshalb wäre es wünschenswert, wenn sich sämtliche innerhalb Württembergs liegende Ortsvereine dem Sekretariat anschließen würden. Im Monat Juli hielt der Ortsverband ein Gartenfest ab, bei dem ebenfalls Kollege Fuchs die Freude hielt, die von sämtlichen Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen wurde. Die auf dem Höhenjause bei Göttingen stattgefundene Kundgebung der Gewerbevereine Württembergs wurde auch von unserm Ortsverbande besucht. In einer im September stattgefundenen Ortsverbandsversammlung hielt Kollege Pfau einen interessanten und lehrreichen Vortrag über „Mittelfinanzreform und deren wirtschaftliche Folgen“. Auch eine Sängervereinigung wurde im verflohenen Jahre innerhalb unseres Ortsverbandes gebildet, die auch dazu beitragen soll, dem Gewerbeverein mehr junge Leute zuzuführen. Unsere Hoffnungen sind in dieser Beziehung auch nicht enttäuscht worden.

Zum Schluß richte ich an die Kollegen das Ersuchen, stets auf dem Posten zu sein und die ihnen obliegenden Pflichten zu erfüllen. Geschieht dies und geht ein jeder dem Ausschuß an die Hand, so dürfen wir uns der freudigen Hoffnung hingeben, daß das Jahr 1910 die Gewerbevereine in Lauterbach ein gutes Stück vorwärts bringt.

Franz Moosmann, Ortsverbandschriftführer.

#### Ortsverband Saarbrücken.

Die Tätigkeit unseres Ortsverbandes war im verflohenen Jahre eine sehr vielseitige, und wollen wir in kurzen Zügen uns dieselbe ins Gedächtnis juridizieren. Wir haben mit Erfolg gearbeitet; jedoch ging uns auch

manches nicht nach Willen und Wunsch, was uns jedoch nicht verbieten darf, sondern uns immer ein neuer Ansporn sein muß, unser Ziel doch zu erreichen.

Im Laufe des Jahres wurden 3 Ortsverbandsversammlungen, 5 kombinierte Ausschußsitzungen und 5 Ausschußsitzungen abgehalten. In der am 7. Februar abgehaltenen Ortsverbandsversammlung in Nalstätt sprach Sekretär Kollege Eden in sehr gut beachteter Versammlung über „Alten und neuen Arbeiterschuh“; am 16. Mai sprach derselbe in Saarbrücken über „Steuerfragen“, ein Thema, das von den Kollegen mit großem Interesse aufgenommen wurde. Die dritte Ortsverbandsversammlung fand in der Pfalz in St. Ingbert statt. Das Referat hielt ebenfalls Kollege Eden über „Sozialpolitik und Arbeiterschuh“. Diese Versammlung war von bestem Wetter begünstigt und waren die Kollegen von fern und nah erschienen. Dem Ortsverband sind 3 neugründete Vereine beigetreten, jedoch ist einer derselben wieder eingegangen, so daß nun 11 Vereine dem Ortsverbande angeschlossen sind. Einen schönen Wahlerfolg hatten unsere Kollegen in Gemeinschaft mit anderen Organisationen bei der St. Johanner Ortskrankenfassenwahl. Von den 210 Vertretern waren 35 von unserer Seite vorgeschlagen, welche auch trotz der heftigen Gegenagitation der „Gewerkschaft“, welche bis jetzt die Herrschaft hatten, glücklicherweise durchgingen. Auch bei der Krankenfassenwahl in Nalstätt-Burbach sind 3 unserer Mitglieder in die Generalversammlung gewählt worden.

An die Behörden wurde eine Eingabe gerichtet zwecks Einführung der Verhältniswahl bei den Gewerbevereinswahlen, worauf wir eine ziemlich günstige Antwort erhielten. Desgleichen wurde eine Eingabe gemacht zur Schaffung von Schlichtern zum Schiedsgericht für Arbeitervermittlung. Der Erfolg bleibt abzuwarten. Eine weitere Eingabe, die Stadt möge Arbeit für den Winter bereitstellen, wurde gütig beantwortet. Bei den Wahlen zur unteren Verwaltungsbehörde waren von uns zwei Kollegen auf einer Liste verschiedener Organisationen vorgeschlagen. Jedoch wurde die von der Burbacher Stütte vorgeschlagene Liste gewählt. Bevor die Einigung der Organisationen zustande kam, hatten die christlichen Führer ohne Erfolg versucht, die Gewerbevereine auszuscheiden. Später entwickelte sich dann ein eifriges Zusammenarbeiten aller nationalen Organisationen, die in der jetzigen Großstadt einen sozialen Ausschuß gebildet haben. Der Diskussionsklub der seine regelmäßigen Vortragsabende wieder aufgenommen hat, erfreut sich eines regen Besuches und wird auch seine Früchte zeitigen. Unser Ortsverbandsfest nahm einen ausgezeichneten Verlauf und hatte eine große Zahl Besucher zu verzeichnen.

Alles in allem war es für den Ortsverband ein an Arbeit reiches Jahr. Allen Kollegen, die uns mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben, sagen wir unseren besten Dank.

Der alte Ausschuß scheidet aus dem Amte, und frische Kräfte treten an dessen Stelle. Möge es denselben gelingen, unsere Gewerbevereinsfrage vorwärts zu bringen und eine noch intensiver Agitation zu entfalten! Jeder Kollege soll mit besten Kräften agitieren und dies nicht allein dem Ausschuß überlassen. Darum, Kollegen, frisch an Werk, unsere Parole muß heißen: „Frisch gewagt — halb gewonnen!“

R. Seiwert, Ortsverbandschriftführer.

#### Ortsverband Schleidach.

Der hiesige Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 14 Sitzungen und 4 Ortsverbandsversammlungen. Die Sitzungen waren meistens gut besucht, von den Versammlungen kann man sagen, daß sie sehr gut besucht waren. In den letzteren referierte Herr Mittelschul-lehrer Terner-Schleibach über „Italien und seine Erdbeben“ und die Kollegin Lutz-Salle über „Frauenbewegung“. Weiter hatten wir die Freude, Kollegen Krüger-Berlin über „Die Reichsvereinsordnungen“ sprechen zu hören. Ferner hatte der Mitteldeutsche Ausbreitungsverband seinen Schriftführer Kollegen W. Krüger-Salle hierher entsandt, um über „Die Wirkungen der neuen Reichssteuern“ zu sprechen. Die Bezirkskonferenz der Ortsverbände, die in Chemnitz tagte, wurde vom Kollegen Schröder besucht, ebenso der Delegiertentag des Mitteldeutschen Ausbreitungsverbandes in Jena. Am Anfang des Jahres glückte es uns, einen Ortsverein der Frauen und Mädchen zu gründen; auch die Gründung eines Ortsvereins der Stürzener konnte erfolgen, der aber leider nur als Zahlstelle gehalten werden kann. Ein finanziell sehr gütig verlaufenes Sommerfest wurde abgehalten, dagegen mußte eine vom Ortsverband geplante Beschäftigung der hiesigen Margarineverleiher wegen zu schwacher Beteiligung aufgegeben werden. Die Weihnachtspartie erzielte einen Umsatz von circa 1600 Mk. Auch der gemeinschaftliche Kohleneinkauf wurde wieder in reger Weise in Anspruch genommen. Unsere Bibliothek stieg in diesem Jahre auf 133 Bände.

Wünschen möchten wir, daß unsere in Apolda täglich erscheinende Gewerbevereinszeitung mehr von den Kollegen in Anspruch genommen wird. Gearbeitet haben wir das vergangene Jahr, aber die Gleichgültigkeit und Lausheit mancher Kollegen, irgend etwas auf ihre Schultern zu nehmen, um den anderen die Arbeit zu erleichtern, ist noch nicht gewichen. Hoffentlich wird es in dieser Beziehung im neuen Jahre besser, damit wir tüchtig vorwärts kommen.

Karl Schüttel, Ortsverbandssekretär.

#### Ortsverband Udermünde und Umgegend.

Ein Jahr reicher Arbeit liegt hinter uns. Da ist es wohl angebracht, unsere Tätigkeit noch einmal an unseren Augen vorüberziehen zu lassen. Die Geschäfte des Ortsverbandes wurden in 6 Ausschuß- und 6 Ver-

treterföhungen erlebte. Angefchloffen find dem Ortsverbande 6 Vereine mit rund 300 Mitgliedern. Auch stehen wir noch in Unterhandlungen wegen Gründung eines Ortsvereins der Bauhandwerker und eines Ortsvereins der Töpfer und Ziegler. Wenn es uns auch nicht gelungen ist, neue Ortsvereine zu gründen, so ist doch die Zahl unserer Mitglieder trotz der fchlechten Gefchäftslage immer im Steigen begriffen. Im Sommer wurden an die zuffändigen Behörden Anträge geftellt auf Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes sowie auf Einführung der Verhältnißwahl. Leider ist uns bis jezt von feiner von beiden Seiten eine Antwort zugegangen. In diefem Jahre finden wiederum die Wahlen zum Gewerbegericht ftatt. Da ist es jezt schon unsere Pflicht, tatkräftig in den Ortsvereinen darauf hinzuwirken, um auch von unferer Seite Vertreter in das Gewerbegericht hineinzubekommen. Wenn die Kollegen auf dem Poften find, fo ist uns der Erfolg auch ficher. Dabei doch unsere Wegner bei der vorigen Wahl nur mit einer Majorität von 3 Stimmen gejezt.

Ein erfchwerender Umftand bei der Agitation ift, daß unser Ortsverband zu weit verzweigt liegt. Dazu kommt, daß er faft nur aus kleineren Ortsvereinen befteht, welche die Mittel nur fchwer aufbringen können. Auch dadurch können wir nicht in eine rege Agitation eintreten, wie es im Intereffe unferer Sache münchenswert wäre. Trotzdem, Kollegen, gehen wir mit frohlichem Mute in das neue Jahr hinein, nur von dem einen Wunfche befezt, beffer als bisher für unfere Organifation zu arbeiten und ihr recht viele Anhänger zuzuföhren. An verfchiedene Ortsvereine möchten wir das Erfuchen richten, die Vertreterföhungen beffer befüllen zu wollen; denn nur wenn ein jeder Ortsverein vertreten ift, ift ein gründliches Ausfprechen möglich. Hoffentlich wird auch diefer Befehftand im neuen Jahre befeitigt werden. Nur durch ein gemeinfames Zufammenarbeiten werden wir auch in Vorposten immer feiter Fuß faffen. Darum, Kollegen, auf zu neuer, energifcher Arbeit.

E. Lubbe, Ortsverbandsfretär.

### Gewervereins-Teil.

**Altwater.** Am Sonntag, den 9. d. M. hielt unser Ortsverband feine erste Verfammlung in diefem Jahre ab. Nach einer kurzen Begrüßungsanfprache des Vorfigenden Kollegen Stitta und Verlesung des lezten Verfammlungsprotokolls wurde der Kaffen- und Nebenbericht erlautet. Der alte Vorstand wurde für das neue Jahr einftimmig wiedergewählt. Die nächste Sitzung wurde auf den 5. April, die nächste Verbandsverfamml. auf den 3. Mai feftgefekt und foll in Neuhagen ftattfinden. Das Verbandslokal wurde beibehalten. Die Verberge für unfere durchreisenden Kollegen befindet fich im „Schwarzen Adler“. Der Vorfigende richtete an die Verbandsvertreter die Bitte, die Sitzungen pünktlich und regelmäßig zu befüllen. Er fchloß hierauf die jeztigen fchwierigen Gewerbeerhältniffe und die Aufgaben der Ortsverbände im öffentlichen Leben, in Kommune und Staat. Mit bringenden Worten ermahnte er die Mitglieder, fich um die wirtfchaftlichen Verhältniffe mehr zu bekümmern, die Verfammlungen zu befüllen und tüchtig zu agitieren, damit unfere gute Sache immer mehr Anerkennung und Verbreitung findet. Kollege Wolf ftellte den Antrag, in den Verfammlungen wieder Vorträge halten zu laffen. Eine lebhaftc Debatte entpann fich über das Verhalten zur Preffe, und wurde man fich dahin einig, beide hierorts erfcheinenden Lokalblätter zu berückfichtigen und ihnen Berichte über die Referate einzufenden. In der weiteren Ausfprache wurde zur Be-

teiligung an der Gefangsabteilung aufgefordert und auch auf den nächsten Verbandstag hingewiefen und befülvortet, jezt fchon Anträge zu ftellen, hauptfächlich betreffs Antellung eines Beamten für den diefigen Bezirk. Es wurde folgende Refolution als Antrag für den Verbandftag angenommen: „Der Ortsverband Altwater erfucht den Verbandftag, einen befoldeten Beamten für das Waldenburger Revier anzustellen“. Der Vorfigende fchloß die anwendende Verfammlung mit einem Dank für das Erfcheinen und einem Hoch auf die Deutichen Gewerbevereine. Die Mitglieder und deren Frauen verblieben noch ein Stündchen beieinander um den Liebervorträgen der Gefangsabteilung zu lauschen, welche unter der Leitung ihres bewährten Dirigenten ergaft zu Gehör gebracht wurden.

Julius Weif, Schriftföhrer.

### Verbands-Teil.

#### Berfammlungen.

**Berlin.** Disfuterklub der Deutichen Gewerbevereine (S.-D.). Verbandsbaus der Teutichen Gewerbevereine N.O., Greifswalderftr. 221/223. Mittwoch, 19. Januar. Vortrag des Kollegen Jordan über: „Gewerpolitik“. — **Gewerbevereine Niederrhein (S.-D.).** Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr, Lebnungsfunde im Verbandslokal der Deutichen Gewerbevereine (Grüner Saal). Gäfte find herzlich willkommen. — **Disfuterklub Naabitz.** Freitag, 21. Januar, abds. 8½ Uhr, Sitzung h. Naabau, Waidftr. 53. Vortrag des Kol. Knauer über: Die wictualigen Streitpunkte auf dem Gebiete der Arbeiterfrage. Gäfte herzlich willkommen. — **Wirtfchaftlicher Disfuterklub Berlin.** Mitternacht, 20. Sitzung jeber einen und dritten Dienstag im Monat. — **Sonntagen, 22. Januar. Maschinbau- u. Metallarbeiter I.** Abds. 8½ Uhr Verfammlung bei Meiner, Bergftr. 69. Bfprechung über Verbandsftag und Antrag an Roub. — **Maschinbau- u. Metallarbeiter II.** Abends 8½ Uhr Verfammlung bei Kadau, Waldftr. 53. Vortrag des Rechtsanwalts Herrn Gelle. Thema: „Urbild über die deutliche Verfaffung“. — **Maschinbau- u. Metallarbeiter IV.** Abends 8½ Uhr, Verfammlung bei Bonack, Fächerftr. 61. Protokoll, Monatsbericht, Generalfamml. der Kranzlosse, Antrag Kraag, Verfühenes. — **Maschinbau- u. Metallarbeiter VII.** Abends 8½ Uhr, Verfamm. Müllerftr. 7. L.-D.: Anträge und Wafel des Wahlleiters zur Verbandsftagswahl. — **Maschinbau- u. Metallarbeiter X.** Abds. 8½ Uhr Verfammlung Skalierftr. 30, „Zur Hütte“. — **Maschinbau- u. Metallarbeiter XIII.** Verfamm. Schönhauser Allee 65. L.-D.: Gefchäftliches, Vorträge des Herrn Rabetge: „Die Berliner Baugenoffenfchaft“.

#### Orts- und Nebianalverbände.

**Kaden (Disfuterklub).** Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, Disfuterabend bei Peubter, Ecke Hanfemannplatz und Zülfgerftr. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch abends 8½ Uhr präz., in Hittmann 3 Hotel, Poolftr., Disfuterfunde. (Disfuterklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Paetor, Kaiser Wilhelmftr. 77. — **Hölu (Disfuterklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr im Restaurant „Bauer Kolping“, Eltergaffe. — **Hamburg (Disfuterklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Paetor, Kaiser Wilhelmftr. — **Duisburg (Disfuterklub).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Hafenkamp, Friedrich Wilhelmftr. Disfuterabend. — **Waldheim-Näher (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterföhung beim Wirt

Joh. Köller, Sandftr. 38. — **Cottbus (Disfuterklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Nobel, Berlinerftr. 120. — **Leipzig (Gewerbevereine-Niederftr.).** Die Lebnungsfunde finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgftr. 25, ftatt. Gäfte und ftimmbegabte Mitglieder find herzlich willkommen. — **Weifenfels a. L.** (Gefangsabteilung der Gewerbevereine). Lebnungsfunde jeden Dienstag, abends 8½—11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenftr. Erfangliebende Gewerbevereinskollegen find willkommen. — **Sferlohu (Disfuterklub).** Jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Jander, Dftr. — **Stettin (Sängerchor der Gewerbevereine).** Die Lebnungsfunde finden jeden Dienstag abends 8½ Uhr im Lokal Rebel, Poftr. 5, ftatt. Stimmbegabte Kollegen find herzlich willkommen. — **Seifenkirchen (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverbandsvertreterföhung, vormittags 10 Uhr, im Verbandslokal E. Simon, Alter Markt. — **Spremerberg (Disfuterklub).** Jeden Dienstag, abends von 9 bis 11 Uhr im Bureau, Jägerftr. 6, Siguna. Gewerbevereinsmitglieder find herzlich willkommen. — **Weifenfels (Disfuterklub der Gewerbevereine).** Jeden Mittwoch 9 bis 11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“. — **W.-Glabbach (Sängerchor der Deutichen Gewerbevereine).** Sitzung jeden Dienstag, abends 9 Uhr, bei Herrn Joh. Jansen, Kriegerftr. 333. Jeder Kollege herzlich will. — **Zegel (Disfuterklub für Zegel, Ronigwalde und Reindorf).** Sitzung jeden Dienstag Abend von 8—10 Uhr bei Hecher, Berlinerftr. 38. Gäfte willkommen. — **Düffelhof (Wirtfchaftsklub).** Jeden Montag, abends von 9—11 Uhr im Verbandslokal, R. Külfenftr. 29. Sitzung. — **Königsberg i. Pr. (Disfuterklub).** Sitzung jed. 2. u. 4. Mittwoch im Monat im Verbandslokal Wobst, Hofstr. 11. — **Schwerte-Wefthofen (Ortsverband).** Sonntag, 30. Januar, nachmittags 3 Uhr, in der Glode in Schwerte gemeinfame Verbandsvertreterföhung, Vorstandswohle und Rechnungslegung, anschließend Kaisergeburtstagsfeier.

### Literatur.

Das moderne Wohnungspfolem. Von Dr. Hans Koit. Klein Oktav in Leinen gebunden. 210 Seiten. Preis Mk. 1. (Verlag Köfel, Rempten und München.) Das fchon ausgeitattete Bändchen verfolgt mit großem Erfolg den Zweck, alle Kreife der Bevölkerung auf die wictualigen Gefichtspunkte innerhalb des Wohnungsproblems in allgemeinverftändlicher harter Weife aufmerksam zu machen. Dem Verfaffer, als dem Bearbeiter der Augburger Wohnungsneue, ftand eine reiche praktifche Erfahrung zu Gebote. Mit diefer verbindet er ein zureichendes Eintreten für die sozialpolitischen Reformen auf dem Gebiete des Wohnungsweffens. In feinem Gesamtbild von dem Wohnungsleben der Gegenwart find alle wictualigen Momente anfehlich und fachgemäß gemüdig. Befonders beachtenswert ift in der Darftellung des Verfaffers die ausgiebige Berückfichtigung der technifchen und hygienifchen Seite der Wohnungsfrage. Das verwertete ftatiftifche Material hält fich in knappen Grenzen. Das mit großer Sachkenntnis und warmer Begeisterung gefchriebene Werkchen ift ein vorzügliches Aufklärungs- und Werbemittel für die fo dringende notwendige Wohnungsreform. Es eignet fich jezt gut zu Vorträgen in fozialen und allgemein-kulturellen Vereinen.

### Briefkaffen.

**H. H. in Potsdam.** Der betreffende Kollege ift fchon fo lange nicht mehr Bezirksagitationsleiter, wie der Gewerbeverein der Maschinbauarbeiter befolgte Beamte angestellt hat. Trotz alledem wird er, wenn Sie ihm fchreiben, daß Sie Gewerbevereinskollege find, Ihnen ficherlich gegen den gewünfchten Befcheid geben.

## Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Die im Verein der Deutichen Kaufleute (S.-D.) organifirten Handlungsföhlfen und Befchiffen erftehen fezt Jahren die wictualige Sonntagstage für das Handelsgerwerbe. Gewerbevereiner, unterftützt unfere Verbandsgenoffen im Kampfe um die Verfürzung der Arbeitszeit!

### Kein Gewerbevereiner kauft Sonntags!

Berantlaffe jeder feine Familienangehörigen, Einkäufe nur an Wochentagen zu befüllen!

**Düffelhof und Umgegend (Ortsverband).** Durchreisende Gewerbevereinskollegen aller Berufe erhalten in unferem Verbandslokal zum Kofterlofen, Aufwärmen und Kofterftrassen-Edel, frei Logis mit Frühstück oder 75 Pfg. Ortsgefchenk. Zu melden auf dem Bureau, I. Etage. Dafeibft Arbeitsnachweife für alle Berufe.

**Leipzig-Wef (Ortsverband).** Vom 1. Juli ab erhalten durchreisende Gewerbevereinskollegen die Karten für das Ortsverbandsgefchenk bei den Vereinscaffierern für Abendrot und Nachtquartier haben befüllen in „Stadt Hannover“, Leipzig, Seeburgftr., Mühlgaffe.

**Hannover und Umgegend (Ortsverband).** Durchreisende Gewerbevereinskollegen aller Berufe erhalten Nachtquartier und Verpflegungskarten hierzu bei Karl Fedel, Heifenftr. 32 A I.

**Sommerfeld-Gaffen.** Durchreisende Arbeitslofe erhalten das Ortsverbandsgefchenk im Betrage von 75 Pfg. beim Kol. Gustav Stiller, Sommerfeld, Wirtmeffer 61a.

**Stralsund (Ortsverb.).** Herz. zur Heimat, Bleiftr. Karten bei E. Bukowski, Badenftr. 20.

**Lübeck (Ortsverband).** Alle durch- und zureisenden Kollegen erhalten 75 Pfg. Lokalunterftützung bei den Ortsvereinscaffierern, für die fehlenden Beträge beim Ortsverbandscaffierer. Dafeibft werden auch Karten für die Herberge verabfolgt. Verkehrslokal bei S. Wurfe, Stavenftr.

**Cottbus (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten Verpflegungskarten im Betrage von 75 Pfennig bei allen Ortsvereinscaffierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandscaffierer, Kollegen R. Prunzel, Gartenftr. 1.

**Wölitz (Ortsverb.).** Wandernde Kollegen erhalten Verpflegungskarten im Betrage von 75 Pfg. bei ihren Ortsvereinscaffierern. Kollegen, deren Ortsverein nicht vertreten ift, beim Ortsverbandscaffierer H. Kirfch, Ober-Steinweg 6 II. Arbeitslofe Kollegen, welche hierher kommen und wegen Arbeit Umfchau halten, aber gleich wieder abreifen, erhalten ein Ortsgefchenk von 50 Pfg. nur beim Ortsverbandscaffierer.

**Forst i. L. (Ortsverb.).** Durchreisende Verbandskollegen erhalten Verpflegungskarten bei August Müller, Grundftr. 6 I. Mittags von 12—1, abends von 7—8 Uhr.

**Wilhelmshaven (Ortsverband).** Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten in den Herbergen zur Heimat I und II freies Nachtquartier, Abendrot und Frühstück. Karten find zu haben bei dem Ortsverbandscaffierer, S. Hübdecker, Bant, Goetheftr. 7.

**Bremen.** Die Auszahlung der Reijegelder der Ortsvereine und des Ortsverbandes erfolgt von jezt an auf dem Arbeiterfretariat Bremen, Doventorft. 21, II. Etg. Eingang Reine Fährleuftr. Telephon Nr. 6468.

### Verbandsbureau der Deutichen Gewerbevereine.

Durch unser Bureau find folgende Schriften zu beziehen:

- Sozialdemokratie u. Arbeiterschaft v. Dr. jur. R. Freund. Preis 40 Pfg.
- Volks-Wirtfchaftslehre von Dr. C. S. Fuch. Preis 80 Pfg.
- Kauser zu Anträgen, Klagen und Beschwerdeschriften in Angelegenheit der Arbeiterverficherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenverficherung). Preis 60 Pfg.
- Was muß jeder Verficherter von der Arbeiterverficherung wiffen? Welche Anfprüche hat der Verficherter und wie hat er feine Rechte wahrzunehmen? Preis 35 Pfg.
- Die reichsgefchliche Arbeiterverficherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenverficherung) Preis 1,50 Mk.
- Gewerbeordnung für das Deutsche Reich. Preis gebunden 80 Pfg.
- Krankenverficherungsgesetz nebst dem Hilfskassengesetz. Preis gebunden 20 Pfg.
- Arbeitskaffier der Deutichen Gewerbevereine für das Jahr 1906. Preis 3 Mk. Früher erfahrene Statiftiken können ebenfalls noch zu demselben Preise bezogen werden.
- Auch alle andern volkwirtfchaftlichen Schriften und Gefchäftlicher, wie auch Bücher und Schriften fonder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, find zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.
- Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizuföhgen, da andernfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird. Geldfendungen find immer zu richten an den Verbandscaffierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderftr. 221/22.
- Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.